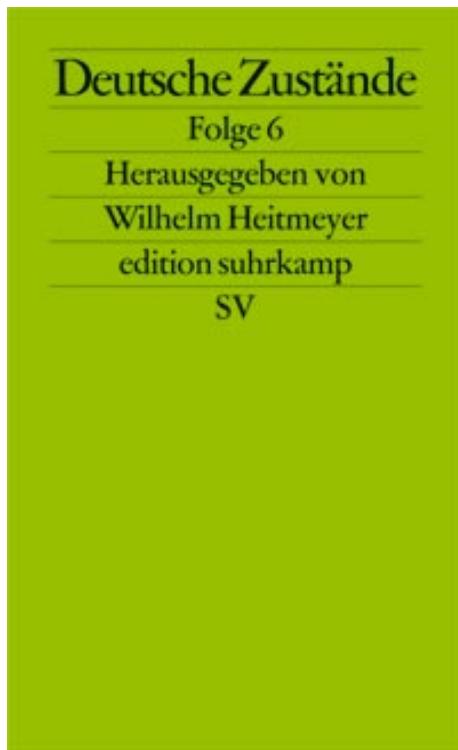


Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Heitmeyer, Wilhelm
Deutsche Zustände

Folge 6
Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2525
978-3-518-12525-0

edition suhrkamp 2525

Deutsche Zustände

Folge 6

*Herausgegeben von
Wilhelm Heitmeyer*

Die Reihe *Deutsche Zustände* untersucht Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Dazu gehören Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten, Islamophobie und Sexismus. In dieser Folge kommt das Element der Abwertung von Langzeitarbeitslosen hinzu. Außerdem gehen wir in diesem Band unter anderem der Frage nach, welche Folgen politische Machtlosigkeit für die Ethnisierung von Verteilungskonflikten hat und welche Konsequenzen sich aus mangelnder Anerkennung ergeben. Neben den empirischen Analysen stehen journalistisch aufbereitete Fallstudien, die sich mit dem Problem des Einsickerns rechtsextremer Gesinnungen in etablierte parteipolitische wie lokale Kulturen sowie dem neuen Phänomen der Verhöhnung von Hartz-IV-Empfängern beschäftigen. Den Abschluß des Bandes bilden Reflexionen über die Rolle des Rechts zur Durchsetzung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit.

Wilhelm Heitmeyer leitet das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Suhrkamp

Inhalt

Vorwort

Deutsche Zustände Die »zweite Halbzeit«	9
--	---

I. Das Problem

Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel Gesellschaftliche Entwicklung und <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i> : Unübersichtliche Perspektiven	13
Wilhelm Heitmeyer Die Ideologie der Ungleichwertigkeit Der Kern der <i>Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit</i> ...	36
Sichtbare Ungleichwertigkeit: Bilder zur <i>Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit</i>	45

II. Empirische Analysen

Soziale und politische Faktoren im Zusammenhang mit Ungleichwertigkeit	
Wilhelm Heitmeyer/Kirsten Endrikat Die Ökonomisierung des Sozialen Folgen für »Überflüssige« und »Nutzlose«	55
Anna Klein/Sandra Hüpping Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten	73
Jürgen Leibold/Steffen Kühnel Islamophobie oder Kritik am Islam?	95
Beate Küpper/Andreas Zick Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt	116

edition suhrkamp 2525
Erste Auflage 2008
© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2008
Originalausgabe
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der
Übersetzung, des öffentlichen Vortrags
sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.
Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnaus
Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12525-0

Was verhindert Ungleichwertigkeit?

Was fördert Gleichwertigkeit?

Carina Wolf/Rolf van Dick	
Wenn anders nicht schlechter bedeutet	
Die Wertschätzung von Vielfalt fördert die Gleichwertigkeit der Gruppen	137
Oliver Christ/Ulrich Wagner	
Interkulturelle Kontakte und <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i>	154
Rainer Strobl	
Zivilcourage im Alltag statt Leichtsinn in Extrem-situationen	169

III. Die Fallgeschichten

<i>Anknüpfungspunkt: Rassismus/Fremdenfeindlichkeit – Notwendige Unruhe</i>	192
Jahel Mielke	
Mügeln – jetzt nicht! – Ein Gespräch mit der Band	
Virginia Jetzt!	193
<i>Anknüpfungspunkt: Rechtsextremismus</i>	195
Rudolf Neumaier	
Die Regensburger CSU: Mein Parteifreund, der Rechtsradikale	196
Heike Kleffner	
Rechtsextremismus und Polizei: Kaum Lernfähigkeit?	205
<i>Anknüpfungspunkt: Hartz-IV-Empfänger</i>	217
Bruno Schrep	
Die neue Verhöhnung: »Bierdosen sind Hartz-IV-Stelzen«	218
<i>Anknüpfungspunkt: Diskriminierung und Sexismus</i>	224
Conrad Schormann	
»Wir entsorgen (fast) alles«	225

IV. Das ambivalente Agieren in Politik,

Staat und Gesellschaft

<i>Focus: Politikverdrossenheit und Krise der Demokratie – Zwei Seiten derselben Medaille?</i>	235
Matthias Krupa	
Noch ein Schuß frei	
Von der Politikverdrossenheit zur Krise der Demokratie	237
<i>Focus: Öffentlichkeit – Verhärtete Diskurse</i>	249
Eberhard Seidel	
In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam?	250
<i>Focus: Gesellschaft – Strukturelle Schwäche als Katalysator für die Etablierung rechter Strukturen</i>	260
Dierk Borstel	
Vorbild Ostdeutschland?	
Westdeutscher Rechtsextremismus im Wandel. Das Beispiel Westpfalz	262

V. Gesellschaftliche Interventionen

Christian Petry	
Gastarbeiter, Ausländer, Mitarbeiter	
Vielfalt und Integration am Beispiel des Unternehmens Freudenberg in Weinheim	273
Toralf Staud	
Unterwegs in der faschisierten Provinz. Erlebnisse einer Lesereise	282
Timo Reinfrank	
Das ABC gegen Rechtsextremismus	
Der Pößnecker Aufstand der Anständigen	288

VI. Das Gespräch

Die Rolle des Rechts zur Durchsetzung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit	
Jutta Limbach im Gespräch mit Gunter Hofmann (<i>Die Zeit</i>) und Wilhelm Heitmeyer	297
Die Autorinnen und Autoren	306
Deutsche Zustände	
Verzeichnis der empirischen GMF-Analysen in den Folgen 1 bis 5	308

VORWORT

Deutsche Zustände Die »zweite Halbzeit«

Das auf zehn Jahre angelegte Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurde 2002 gestartet und geht mit diesem Band in die »zweite Halbzeit«. Damit beginnt nicht nur zeitlich eine neue Phase, es sind auch qualitative Veränderungen zu beobachten. In der von den Medien dominierten Öffentlichkeit ist überall vom »Aufschwung« die Rede, der vor allem am Rückgang der Arbeitslosenziffern festgemacht wird. Dabei muß kritisch hinterfragt werden, was sich dahinter tatsächlich verbirgt. Im Rahmen dieses Projekts können wir uns dabei auf unsere langjährigen Beobachtungen stützen. Das gilt nicht nur für die objektiven Daten, sondern auch für die subjektiven Interpretationen der Betroffenen. Mit der zunehmenden Dauer unseres Projekts können wir immer genauere und verlässlichere Aussagen über das Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* sowie ihre Ursachen treffen. Gleichwohl ist immer Vorsicht geboten, wenn allein auf der Grundlage quantitativer Veränderungen, etwa abnehmenden Arbeitslosenziffern, auf eine qualitative Verbesserung der Lebenssituation in der Bevölkerung geschlossen werden soll.

Trotzdem gilt: Je länger der Zeitraum wird, über den wir kontinuierlich Daten erhoben haben, desto fundierter können wir Trends ermitteln. Dabei sind wir in der Lage, auf einen inzwischen weltweit einzigartigen Datensatz zurückzugreifen, der zusätzlich in ein quasi-experimentelles »Design« eingebettet ist: Seit dem Beginn unserer Untersuchung im Jahr 2002 haben wir immer neue, ständig dringlicher werdende Probleme identifiziert, zur »Halbzeit« des Projekts werden nun aber offiziell »Umschwünge« verkündet. Dabei stellen sich Fragen, denen wir in differenzierenden Analysen nachgehen wollen: Kommt dieser Umschwung auch tatsächlich bei den Menschen an? Handelt es sich um statistische Deliren, oder haben wir es in bezug auf objektive Indikatoren und subjektive Interpretationen mit einer Trendumkehr zu tun? Mit solchen und anderen Themen werden wir uns bis zum Ende des Projekts im Jahr 2012 auseinandersetzen.

Methodisch werden wir unsere *Langzeituntersuchung* in zwei Richtungen erweitern: Zum einen werden ab 2008 *Vergleichsuntersuchungen* in neun europäischen Ländern stattfinden; wir können die Ergebnisse, die bisher in der Reihe »Deutsche Zustände« veröffentlicht wurden, dann auch international einordnen. Zum anderen werden in Zukunft auch auf der lokalen Ebene – in Gemeinden, Kleinstädten und sogar einzelnen Stadtteilen – Untersuchungen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* stattfinden, die auf noch größere Interventionsnähe angelegt sind.

Das Forschungsprogramm schreitet also voran, und wir sind auf einem guten Weg, wo es um die Verbindung von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Gesellschaft geht. Dies zeigt auch die neue Förderinitiative der VolkswagenStiftung, die diese Entwicklung intensiv begleiten und unterstützen will.

Für die »zweite Halbzeit« hoffen wir daher auf weitere Förderung durch das Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung mitsamt der Freudenberg- und der Möllgaard-Stiftung, durch *Die Zeit* und den Suhrkamp Verlag. Im Institut geht der Dank an Sabine Passon, Sigrid Ward, Wiebke Fiedler, Sylja Wandschneider sowie an die Mitglieder der Forschungsgruppe.

W.H.

I.

Das Problem

WILHELM HEITMEYER/JÜRGEN MANSEL
Gesellschaftliche Entwicklung und
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit:
Unübersichtliche Perspektiven

1. Trendumkehr oder kurzfristige Veränderung?

Das Grundmuster dieser Langzeituntersuchung besteht auch im sechsten Jahr aus drei zentralen Bestandteilen: 1) der Analyse von gesellschaftlichen Entwicklungen, 2) den subjektiven Wahrnehmungen dieser Zustände in der Bevölkerung und 3) den Zusammenhängen zwischen objektiven Trends und der Abwertung, Diskriminierung oder gar Gewalt gegenüber schwachen Gruppen.

Seit Beginn des Projekts zeigten sich negative Entwicklungen in allen Bereichen. In dieser Folge sollen die drei Elemente nun in ein »Perspektiven-Paradigma« übersetzt werden: Welche gesellschaftlichen Perspektiven zeichnen sich ab? Welche individuellen Perspektiven ergeben sich daraus, und wie sehen die Perspektiven für das Verhältnis zu schwachen Gruppen aus? Ein solcher Ansatz muß sich daran messen lassen, ob es gelingt, damit Trends zu beschreiben. Gleichwohl sind solche Entwicklungen komplex und störanfällig, wenn sich strukturelle Bedingungen schnell und dramatisch verändern.

Zugleich ist das »Perspektiven-Paradigma« sowohl individuell als auch – vermittelt über gesellschaftliche Diskurse – in der kollektiven Sichtweise überlebenswichtig für die Qualität des Zusammenlebens in der Gesellschaft und damit für die Anerkennung der Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von schwachen Gruppen. Das individuelle und gesellschaftliche Bewußtsein für die *Offenheit* dieser Prozesse und ihre *Beeinflußbarkeit* ist an dieser Stelle von großer Bedeutung. Dabei stehen die ökonomischen, sozialen und individuellen Perspektiven in einem Wirkungszusammenhang. Verbessern sich mit den positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt auch die individuellen Zukunftsperspektiven und somit die Qualität des Zusammenlebens mit schwachen Gruppen? Ein erster Hinweis darauf ergäbe sich, wenn empirisch eine *Paral-*

lelität des Rückgangs von Existenz- und Anerkennungsbedrohungen und feindseligen Einstellungen erkennbar wird. Selbst dann bleiben aber zwei zentrale Fragen offen. Erstens: Erreicht die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wirklich alle Betroffenen? Es muß nämlich berücksichtigt werden, daß die seit 2002 in dieser Langzeituntersuchung ermittelten Ursachenzusammenhänge zwischen sozialen Situationen, ihren Interpretationen und *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* bestehen bleiben und wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Stärke dieser Zusammenhänge richten müssen.

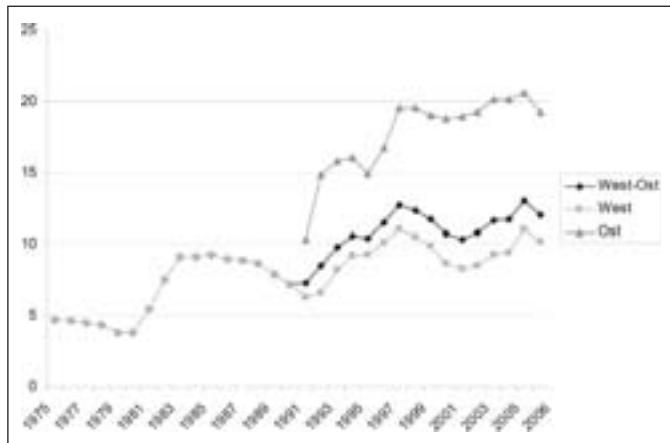
Zweitens: Inwieweit wird aus der *Marktwirtschaft* eine *Marktgesellschaft* (vgl. Hirschman 1986), die nicht länger nur die materielle Existenz tangiert, sondern auch mit einem Eindringen ökonomistischen Denkens einhergeht (vgl. Burkatzki 2007)? Solche Fragen werden in unseren Analysen immer wichtiger. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß sich das »Sein« vom »Bewußtsein« abkoppelt – mit anderen Worten: daß trotz besserer Chancen auf den Erhalt des Lebensstandards feindselige Mentalitäten fortbestehen, weil sich *ökonomistische Orientierungen* festsetzen und wirtschaftliche Standards wie Effektivität oder Nützlichkeit auf soziale Gruppen angewendet werden.

1.1 Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Seit wir im Jahr 2002 mit unseren Analysen begannen, mußten wir auf der Grundlage statistischer Daten immer wieder auf zunehmend dringlichere Probleme hinweisen, die sich massiv auf die Integration bzw. Desintegration von Menschen auswirken. Zwei Indikatoren ragten dabei heraus: die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft (vgl. u. a. Mansel/Heitmeyer 2005).

Der Anteil der Personen, die im Verlauf ihrer Erwerbsbiografie mindestens einmal arbeitslos waren, hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen, unter den zwischen 1959 und 1961 in den alten Bundesländern geborenen Männern beläuft er sich auf 48, bei den Frauen auf 54 Prozent (Dundler/Müller 2006). Insgesamt ist die Arbeitslosenquote seit Mitte der sechziger Jahre trotz einiger Konsolidierungsphasen wellenförmig angestiegen, sie lag Ende der sechziger Jahre bei 2, Ende der siebziger bei 4, Ende der achtziger bei 8 und seit 2000 bei 10 Prozent (Abbil-

Abb. 1: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Ost-West-Vergleich (Angaben in Prozent)



Quelle: »Arbeitslose und Arbeitslosenquote 1975 - 2006«, erstellt von der Bundesagentur für Arbeit, online verfügbar unter: <http://sozialpolitik-aktuell.de> (Stand September 2007). Die Zahlen beziehen sich auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

dung 1), in den neuen Bundesländern lag sie zum Teil sogar über der 20-Prozent-Marke.

Im entsprechenden Zeitraum stieg auch der Anteil derjenigen Personen an, die zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts über einen längeren Zeitraum auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen waren. Dauerte zu Beginn der achtziger Jahre etwa bei jedem achten Arbeitslosen (12,9 Prozent) die Phase der Arbeitslosigkeit über ein Jahr, gilt dies um die Jahrtausendwende für etwa jeden dritten (2000 lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen laut IAB-Zahlenfibel in den alten Bundesländern bei 36,3 Prozent, in den neuen bei 33,5 Prozent). Zwar ging mit dem Rückgang der Arbeitslosenquote auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen zurück, ihr Anteil liegt aber auch im Jahr 2007 bei einem Drittel der Arbeitslosen insgesamt (35,9 Prozent). Im Mai 2007 wurden von den Arbeitsagenturen noch über 1,3 Millionen Langzeitarbeitslose registriert (Statistisches Bundesamt 2007).

Von den 1929 bis 1931 in den alten Bundesländern geborenen Männern erlebte ein knappes Viertel (23 Prozent) und von den 1939 bis 1941 geborenen annähernd ein Drittel (30 Prozent) eine Arbeitslosigkeit von über einem Jahr (vgl. Dundler/Müller 2006).

Die Arbeitslosigkeit hat nach Jahren stetigen Anstiegs in 2007 eine deutlich positive Entwicklung genommen. Nach offiziellen Angaben sank sie bis Mitte des Jahres auf die niedrigste Quote seit 1995. Die Chancen auf eine unterstützungsunabhängige Existenz haben sich damit für verschiedene Bevölkerungsgruppen verbessert, davon profitieren zum Teil auch Menschen mit niedriger Qualifikation, ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Für Kurzzeitarbeitslose sank die Quote in den letzten 12 Monaten um 23 Prozent, bei Langzeitarbeitslosen mit 11 Prozent aber in viel geringerem Ausmaß.

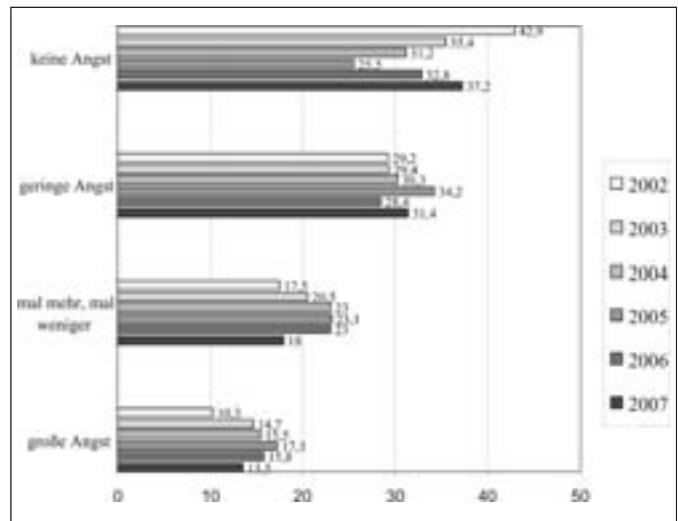
Gleichzeitig hat jedoch die Zahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen abhängig sind, einen neuen Höchststand erreicht, im April 2007 waren es etwa 7,4 Millionen.¹ Die Größe dieser Gruppe entwickelt sich gegenläufig zur sinkenden Arbeitslosigkeit. Letztere erscheint also nicht als alleiniger Indikator für soziale Problemlagen geeignet zu sein. Was die objektive Entwicklung der sozialen Problemlagen in diesem Lande betrifft, ist dies ein wichtiges Indiz für *unübersichtliche Perspektiven*.

Parallel dazu werden Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger zur Zielscheibe öffentlicher Debatten, die von Vertretern aus Politik und Wirtschaft, aber auch aus Showbusiness und Kabarett angeheizt werden. Man unterzieht diese Menschen einer besonderen Bewertung, genauer gesagt: Abwertung. Dadurch wird auch der Druck auf Arbeitsplatzbesitzer und Kurzzeitarbeitslose erhöht.

1.2 Wie nimmt die Bevölkerung die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wahr?

Die objektiven Gegebenheiten führten auf der subjektiven Ebene zu erheblichen Ungewissheiten und Verunsicherungen. Der Anteil der Erwerbspersonen, die große Angst vor Arbeitslosigkeit haben, verdoppelte sich von 10,3 Prozent im Jahr 2002 auf 17,3 Prozent in 2005 annähernd, ging jedoch nach dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung zurück und erreichte 2007 mit 13,5 Prozent fast wieder das Niveau von 2002 (Abbildung 2).

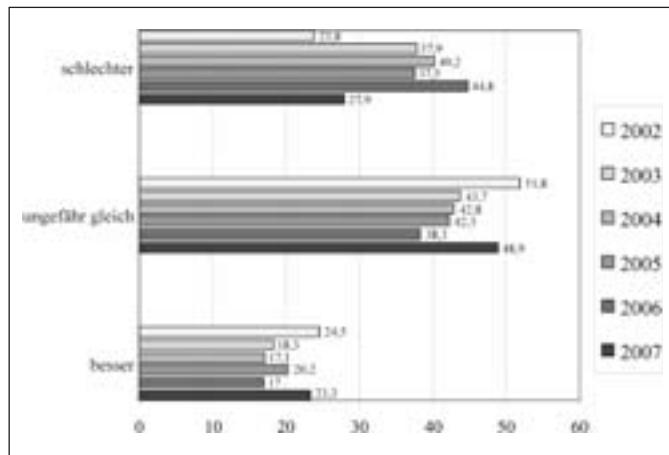
Abb. 2: Entwicklung der Angst vor Arbeitslosigkeit bei Erwerbstägigen in Prozent



Vor diesem Hintergrund beurteilt die deutsche Bevölkerung die eigenen Zukunftsaussichten wieder optimistischer. War der Anteil der Personen, die eine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Situation erhoffen, von 2002 bis 2004 von 24,5 auf 17 Prozent deutlich zurückgegangen, so ist er 2007 wieder auf ca. 23 Prozent angestiegen (Abbildung 3). Ähnlich hat sich der Prozentsatz der Menschen entwickelt, die eine Verschlechterung ihrer Situation befürchten: Im Jahr 2002 traf dies für ca. 24 Prozent der Befragten zu, 2006 für 45 und im Jahr 2007 nur noch für 28 Prozent. Allerdings überwiegt damit auch in 2007 der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung der eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Situation erwarten. Der in Politik und Öffentlichkeit vielbeschworene Aufschwung ist somit nur bedingt in der Wahrnehmung der Bevölkerung angekommen – ein weiteres Indiz für *unübersichtliche Perspektiven*.

Dies zeigt sich nicht zuletzt auch daran, daß der Anteil der Personen, die einen harten Abstieg befürchten und seit der Verab-

Abb. 3: Zukunftserwartung in den nächsten 5 Jahren



schiedung der Hartz-IV-Gesetze größere Angst vor Arbeitslosigkeit haben, eher stabil geblieben ist.

Lassen sich parallel auch ähnlich *unübersichtliche Perspektiven* in bezug auf Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen erkennen? Um Ausmaße wie Entwicklungen aufzuzeigen, die inzwischen über mehr als ein halbes Jahrzehnt reichen, wird an dieser Stelle zunächst das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* kurz vorgestellt.

2. Das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*: Phänomene, Ausmaße und Entwicklungen über die Zeit

Hinter dem Konzept steht die theoretische Ausgangsposition, daß *Menschenfeindlichkeit* sich nicht an individuellen Feindschaftsverhältnissen festmachen läßt, sondern auf Gruppen zielt. Werden Personen aufgrund gewählter oder zugewiesener Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten ausgesetzt, dann sprechen wir von *Gruppenbezogener Men-*

schenfeindlichkeit. Ursprünglich umfaßte dieses Syndrom sieben Elemente (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002, 20f.), inzwischen haben wir es weiter ausdifferenziert. Zu Beginn unserer Studie subsumierten wir unter der Kategorie »Heterophobie« drei Typen der Normabweichung: Homosexuelle, Behinderte und Obdachlose. Die theoretische Weiterentwicklung auf Basis der empirischen Analysen führte dazu, daß dann bis 2006 neun und ab 2007 zehn Elemente einbezogen wurden.²

- *Rassismus* umfaßt jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Abwertungen auf der Grundlage einer konstruierten »natürlichen« Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen.
- *Fremdenfeindlichkeit* bezeichnet als bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen.
- *Antisemitismus* ist als feindselige Mentalität auf die Menschen jüdischen Glaubens und ihre Symbole gerichtet.
- *Homophobie* bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund eines »normabweichenden« sexuellen Verhaltens und damit verbundenen Auftretens in der Öffentlichkeit.
- *Abwertung von Obdachlosen* meint die Feindseligkeit gegenüber jenen Menschen, die den Vorstellungen von einem geregelten bürgerlichen Dasein nicht entsprechen.
- *Abwertung von Behinderten* bezieht sich auf feindselige Einstellungen, die sich gegen vermeintliche Abweichungen von der körperlichen oder geistigen Normalität und daraus abgeleiteten Unterstützungsfordernungen richten.
- *Islamophobie* umfaßt die Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur sowie ihren öffentlichen, politischen und religiösen Aktivitäten.
- *Etabliertenvorrechte* beziehen sich auf Alteingesessene, gleich welcher Herkunft, die eine Vorrangstellung beanspruchen, anderen gleiche Rechte vorenthalten möchten und somit das Prinzip der Gleichwertigkeit verletzen.
- *Sexismus* betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an die Frau. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es sich hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung handelt.

- Langzeitarbeitslose müssen nun als weitere, der Menschenfeindlichkeit ausgesetzte Gruppe berücksichtigt werden (siehe dazu Kapitel 3.3). Sie werden unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit sozial abgewertet.

Da *Ungleichwertigkeit* (vgl. Wilhelm Heitmeyer in diesem Band) den gemeinsamen Kern aller Elemente ausmacht, sprechen wir von einem *Syndrom*, das wir im Jahr 2002 erstmals nachweisen konnten (vgl. Heitmeyer 2002, 23). Diese Analyse erfolgte auf der Basis von Operationalisierungen, die Mentalitäten erfassen, die Vorformen zerstörerischer Brutalität darstellen, diese allerdings auch legitimieren können. Dieser methodische Zugang wurde gewählt, weil *manifeste* Menschenfeindlichkeit, die sich in zerstörerischem Handeln zeigt, vielfach mit *latenter* Menschenfeindlichkeit in Einstellungen und Verhaltensbereitschaften beginnt. Ein Mechanismus besteht an dieser Stelle allerdings nicht, vielmehr muß man vielfältige Einflüsse miteinbeziehen: individuelle soziale Lagen, kommunale Kontexte, unterschiedliche ökonomische Trends in einzelnen Regionen oder das gesellschaftliche Klima, um nur einige wichtige Faktoren zu nennen.

Die Analysen im zweiten Teil dieses Bandes orientieren sich an einem Untersuchungskonzept zur *Erklärung* des Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, das sich aus vier Komponenten zusammensetzt. Es sind erstens *objektive Kontextbedingungen* wie z. B. die Arbeitslosenquoten oder Ausländeranteile in den Regionen; zweitens werden *Konzepte* wie z. B. soziale Desintegration, relative Deprivation und Anomie herangezogen; drittens berücksichtigen wir *moderierende oder mediierende Faktoren*, mit denen wir Zusammenhänge erklären können. Eine Übersicht zu den Analysen der Folgen 1 bis 5 der Deutschen Zustände findet sich am Ende dieses Bandes.

3. Empirische Ergebnisse zur Abwertung schwacher Gruppen

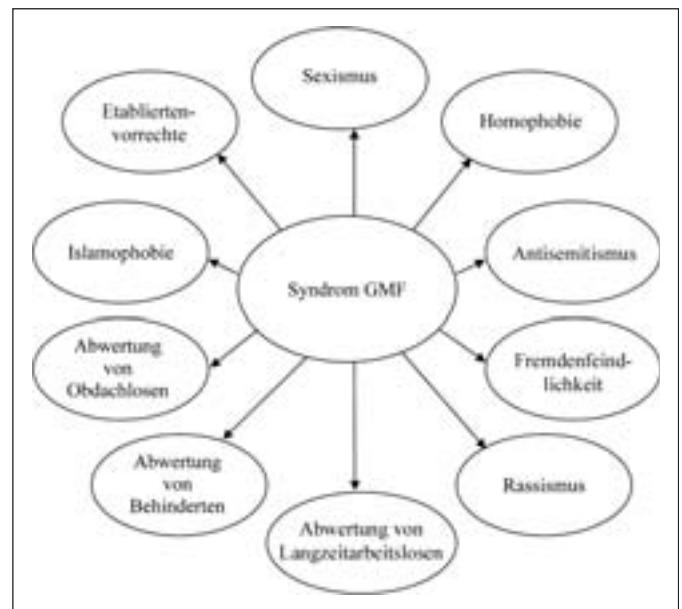
In der Regel werden Analysen zum Zustand dieser Gesellschaft auf der Grundlage einmalig erfaßter Daten durchgeführt. Im Rahmen unseres Projekts erheben wir jedoch *jährlich* neue Daten. Die Kernfragestellungen bleiben gleich, so sind wir in der Lage, historische Verläufe nachzuzeichnen. Zusätzlich können wir so aber

auch auf gesellschaftliche Veränderungen und politische Debatten reagieren. Auf dieser Datenbasis können wir über Trends Auskunft geben. Auch in diesem Band greifen wir vergleichend auf Ergebnisse aus den vergangenen Jahren zurück. Die aktuellen Ergebnisse gehen auf eine Befragung von rund 2000 repräsentativ ausgewählten Personen der deutschsprachigen Bevölkerung zurück, die wir im Mai und Juni 2007 durchgeführt haben.³

3.1 Das Syndrom

Unsere Analysen zu den Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zeigen, daß wir es mit einem *Syndrom* zu tun haben, auf das wir bereits 2002 zum ersten Mal gestoßen sind. Abbildung 4 zeigt die einzelnen Elemente des Syndroms.

Abb. 4: Konstrukte des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*



Analysen über die vier repräsentativen GMF-Surveys 2002-2005 sowie die ersten drei Wellen der Längsschnittstudie belegen das Vorliegen eines Syndroms,⁴ das sich auf eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit zurückführen lässt (vgl. Heitmeyer 2006). Auch die Messung der einzelnen Elemente erwies sich über die Zeit als stabil (detaillierte Berechnungen finden sich in Zick/Küpper/Wolf/Davidov/Schmidt/Heitmeyer in Vorbereitung).

3.2 Ausmaße und Veränderungen

Die folgende Graphik zeigt den Verlauf der einzelnen Syndromelemente in den Jahren 2002 bis 2007 (Abbildung 5). In dieser Form haben wir unsere Ergebnisse auch in den letzten Bänden präsentiert, sie soll auch in den nächsten Jahren fortgeschrieben werden.

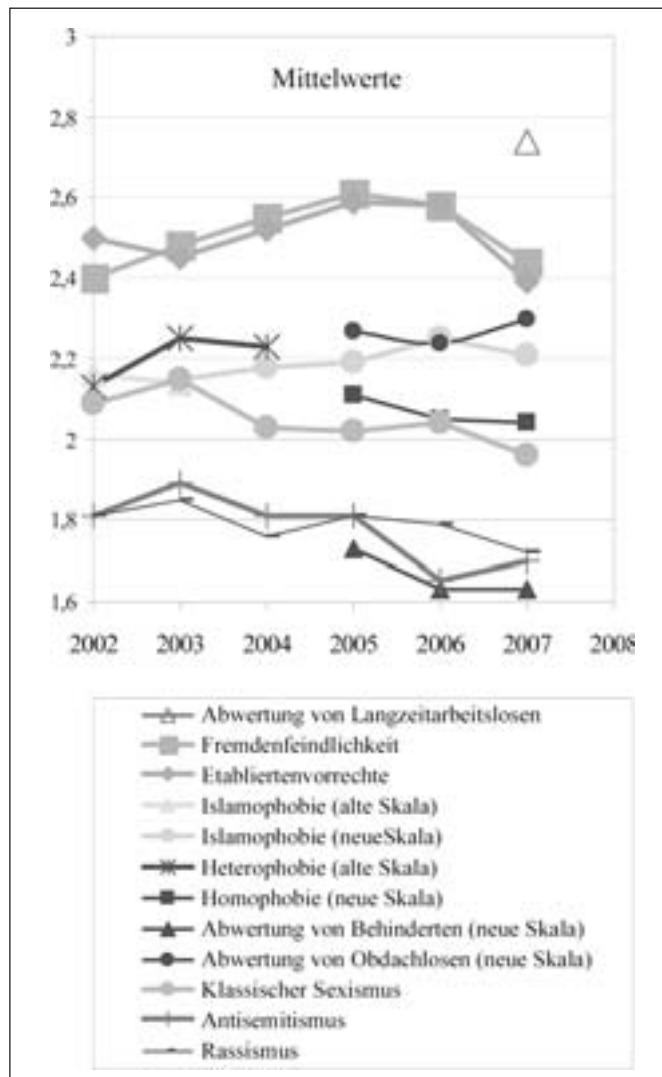
Die Elemente des Syndroms wurden über Indikatoren gebildet, die in Tabelle 1 aufgelistet sind. Die Linien beziehen sich auf Werte, die jeweils aus zwei bzw. drei Aussagen zu einzelnen Elementen gemittelt wurden (Tabelle 1). Die Mittelwerte der Syndromskalen in Abbildung 5 liegen zwischen 1 und 4: Je stärker die Werte ausgeprägt sind, desto höher sind die feindseligen Mentalitäten.

Bei der Betrachtung der Verläufe ist folgendes zu beachten: Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen sind nicht möglich. Es lässt sich z. B. keine Aussage darüber treffen, ob das fremdenfeindliche Potential in dieser Gesellschaft höher ist als das antisemitische, da die einzelnen Facetten über inhaltlich unterschiedliche Aspekte erfasst werden. Zulässig sind hingegen Vergleiche der jeweiligen Elemente über die Zeit sowie zwischen unterschiedlichen Befragtengruppen (etwa zwischen Befragten aus ländlichen und städtischen Kontexten, solchen mit stark und schwach ausgeprägtem Nationalstolz etc.).

Damit Zeitvergleiche weiterhin möglich bleiben, haben wir die ursprüngliche Heterophobie-Skala beibehalten. Der klassische Sexismus wird seit 2003 (im Gegensatz zur Darstellung als Einzel-Item in den Jahren 2002 und 2003) in einer eigenen Skala abgebildet.

Im Zeitablauf lassen sich wie bisher drei Bündel von Elementen identifizieren: Die Syndromelemente haben sich vor allem im er-

Abb. 5: Mittelwerte der Syndromelemente für die Jahre 2002 bis 2007



sten Bündel deutlich positiv entwickelt. Von 2002 bis 2005 stiegen die Ergebnisse zu Etabliertenvorrechten und Fremdenfeindlichkeit kontinuierlich an, in 2006 stagnierten sie, 2007 haben sie wieder signifikant abgenommen.

Da Fremdenfeindlichkeit als konkurrenzbasierte Abwertung (Tabelle 1) gemessen wird und die Etabliertenvorrechte auch auf den Zugriff auf knappe Güter fokussiert sind, bietet sich angesichts der eingangs berichteten statistisch feststellbaren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt die Interpretation einer geringeren Konkurrenzsituation oder zumindest der Wahrnehmung von neuen, wenn auch unübersichtlichen Perspektiven an. Dies gilt es mittelfristig zu klären, allerdings lässt sich die wichtige Frage, ob sich darin eine Trendumkehr oder nur eine kurzfristige Veränderung ausdrückt, auf der Grundlage von Messungen zu einem einzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Die Erhebung im Jahr 2008 wird dazu weiteren Aufschluß geben.

Zum zweiten Bündel gehören vier Elemente: Die Islamophobie ist mit leicht zunehmender Tendenz bis 2006 stabil und verbleibt auf diesem Niveau. Sexismus weist im Verlauf einen leicht abnehmenden Trend auf. Das gilt – trotz der von den Betroffenen geäußerten Klagen über mancherorts zunehmende Feindseligkeit – auch für die repräsentativen Daten zur Abwertung gegenüber Homosexuellen. Bei der Abwertung von Obdachlosen lässt sich kein Rückgang erkennen. Offen bleibt dabei, ob die wachsende Bedeutung der sozialen »Nützlichkeit« bzw. das Etikett der »Nutzlosigkeit« dabei eine Rolle spielt (vgl. den Beitrag von Wilhelm Heitmeyer und Kirsten Endrikat in diesem Band).

Das dritte Bündel bilden Antisemitismus, Rassismus und die Abwertung von Behinderten. Sie sind auf ihrem jeweiligen Niveau stabil bzw. haben sich nur unauffällig verändert.

Insgesamt muß darauf hingewiesen werden, daß die auf der Basis von Mittelwerten beschriebenen Verläufe aufgrund dieser Methode keine großen Schwankungen ergeben. Gleichzeitig verdecken Mittelwerte möglicherweise deutliche Verschiebungen bei Einzelindikatoren.

3.3 Eine notwendige Erweiterung: Langzeitarbeitslose als neues Syndromelement

Da wir die Zusammensetzung des Syndroms mit seinen verschiedenen Elementen nicht für historisch invariant halten, sind bereits in den vergangenen Jahren verschiedene Revisionen vorgenommen worden, die aber in erster Linie der verbesserten Messung galten.

Dies ist nun anders, da wir wahrnehmen, daß im öffentlichen Diskurs eine neue Gruppe zum Objekt *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* wird: die Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger.

So stießen wir unter anderem auf folgende Ergebnisse: Fast 50 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, daß die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden. Empörend finden es insgesamt fast 61 Prozent, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben machen.

Die Ergebnisse der in 2007 erhobenen Einstellungen in der Bevölkerung verweisen darauf, daß die auf den ersten Blick nur statistisch erkennbare Gruppe der Langzeitarbeitslosen von massiven Abwertungen betroffen ist. Sichtbar wird diese Gruppe, wenn sie an örtlichen »Tafeln« um kostenlose Lebensmittel ansteht oder ihre Kinder sich in Ganztagschulen keine warmen Mittagsmahlzeiten leisten können. Sie wird in den Medien verhöhnt, etwa in der Sendung *Wetten daß...?!*, in der Showmaster Thomas Gottschalk Bierdosen als »Hartz-IV-Stelzen« bezeichnete (vgl. dazu den Beitrag von Bruno Schrep in diesem Band). Die empirischen Ergebnisse zeigen deutliche Zusammenhänge mit den anderen Syndromelementen auf, die zukünftig detaillierter ausgewertet und in weiteren Erhebungen beobachtet werden müssen. Denn es ist paradoxe Weise zu erwarten, daß sich im Falle eines längerfristig stabilen »Aufschwungs« auf dem Arbeitsmarkt die Abwertung der verbleibenden Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger noch verstärken dürfte. Und eine weitere Variante deutet sich an: Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote unter niedrigqualifizierten Migranten könnte sich die öffentliche Abwertung von Hartz-IV-Empfängern an Diskurse über den Status der Migranten koppeln. Dann wäre nicht länger Konkurrenz der Grund der Abwertung, sondern vermeintliche »Nutzlosigkeit«.

Tab. 1: Indikatoren des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Stimme...	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
Rassismus					
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	39,9	38,1	13,5	8,5	2002 n. s. 2004
	37,4	40,7	14,0	7,9	2004 n. s. 2007
	39,4	42,1	11,9	6,6	2002 n. s. 2007
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	51,2	32,4	10,4	6,0	2002 ** 2004
	58,5	28,4	7,9	5,2	2004 n. s. 2007
	59,8	27,5	8,2	4,4	2002 * 2007
Fremdenfeindlichkeit					
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	15,3	29,3	28,6	26,8	2002 ** 2004
	11,1	29,1	29,7	30,1	2004 ** 2007
	11,7	33,6	30,1	24,6	2002 n. s. 2007

Angaben in Prozent. Werte, die auf menschenfeindliche Einstellungen hindeuten, sind grau unterlegt. Die jeweils erste Zeile bezieht sich auf die Erhebung in 2002, die zweite auf 2004, die dritte auf 2007. Da die Homophobie, die Obdachlosen- und die Behindertenabwertung erst in 2005 getrennt aufgeführt wurden, ist in diesen Fällen oben 2005 und unten 2007 zu finden.

Stimme...	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
Fremdenfeindlichkeit (Forts.)					
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	27,0	45,3	15,5	12,2	2002 ** 2004
	22,5	41,6	19,5	16,5	2004 ** 2007
	24,1	46,3	15,2	14,5	2002 * 2007
Antisemitismus					
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluß.	36,8	41,6	14,7	6,9	2002 n. s. 2004
	43,5	34,9	10,9	10,6	2004 ** 2007
	43,5	40,9	9,8	5,8	2002 ** 2007
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	50,5	32,9	12,1	4,5	2002 n. s. 2004
	55,5	31,7	7,6	5,2	2004 ** 2007
	50,4	32,3	11,1	6,2	2002 * 2007

Stimme...	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
-----------	------------------------	-------------------	-------------	----------------------	-----------------------------

Homophobie

Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	31,7	33,4	13,0	21,8	2005 *
	34,5	34,2	11,1	20,2	2007
Homosexualität ist unmoralisch.	46,6	36,8	6,6	10,0	2005 n. s.
	47,4	35,3	7,4	9,9	2007
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein.	22,2	18,3	21,6	37,9	2005 **
	17,7	17,7	23,3	41,2	2007

Abwertung von Obdachlosen

Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	18,6	42,5	24,8	14,1	2005 n. s.
	17,5	43,7	24,7	14,1	2007
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	19,0	58,2	15,2	7,6	2005 **
	18,8	48,3	22,1	10,8	2007
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	14,5	50,5	18,7	16,3	2005 **
	21,8	44,1	18,2	15,8	2007

Abwertung von Behinderten

Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	44,4	47,3	5,4	2,9	2005 **
	55,5	36,9	4,3	3,4	2007
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	35,1	49,7	10,1	5,1	2005 **
	46,0	41,3	7,3	5,4	2007

Stimme...	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
-----------	------------------------	-------------------	-------------	----------------------	-----------------------------

Abwertung von Behinderten (Forts.)

Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	42,8	49,7	4,7	2,8	2005 **
	49,8	42,2	5,5	2,5	2007

Islamophobie

Muslimen sollte die Zuwendung nach Deutschland untersagt werden. ^a	-	-	-	-	-
	28,4	47,5	12,1	11,9	2004 n. s.
	28,2	42,8	16,6	12,4	2007

Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land. ^a	-	-	-	-	-
	25,3	39,6	17,2	17,9	2004 n. s.
	27,9	33,2	21,2	17,8	2007

Etabliertenvorrechte

Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.	12,7	29,4	32,9	24,9	2002 **
	12,4	26,2	28,6	32,9	2004 **
	18,0	29,2	30,3	22,5	2007
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	29,3	29,8	22,4	18,5	2002 *
	31,0	33,5	17,7	17,8	2004 n. s.
	29,4	35,5	20,3	14,8	2002 *

Stimme...	überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
Sexismus					
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	31,2	39,4	18,2	11,2	2002 n. s. 2004
	34,1	36,5	19,1	10,2	2004 n. s. 2007
	32,6	38,9	17,1	11,4	2002 n. s. 2007
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. ^a	—	—	—	—	—
	36,0	38,4	15,5	10,1	2004 ** 2007
	40,8	41,2	11,0	7,0	—
Abwertung von Langzeitarbeitslosen ^b					
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—
	9,2	41,5	27,5	21,8	2007
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—
	7,0	32,2	28,1	32,7	2007

Anmerkung: ^a Diese Items wurden in einem der Jahre nicht erhoben. Deshalb liegen hier keine Vergleichswerte vor; ^b diese Items wurden erstmals 2007 erhoben.

Unterschiede zwischen den Jahren 2002, 2004 und 2007 sind auf Basis des Mittelwertvergleichs signifikant bei 1 %-Irrtumswahrscheinlichkeit (**) bzw. bei 5 %-Irrtumswahrscheinlichkeit (*) oder nicht signifikant (ns).

4. Kalte Kalkulationen: Folgen für schwache Gruppen

Wenn wir die Folgen des Übergangs von der Marktwirtschaft zur Marktgemeinschaft betrachten, dann ist die Aufmerksamkeit verstärkt auf das ökonomistische Denken zu richten (vgl. den Beitrag von Wilhelm Heitmeyer und Kirsten Endrikat in diesem Band). Dies ist auch deshalb von Belang, weil damit die Auffassung einhergeht, nach der durch diese Veränderung interessengeleitete politische Ideologien in den Hintergrund treten und dafür »rationale« Kriterien endlich angemessen berücksichtigt werden. Damit verlieren jedoch Empfindungen wie Empathie oder Mitgefühl für das Schicksal anderer Menschen an Bedeutung.

Die Frage stellt sich, durch welche Prozesse, vielleicht sogar Zwänge, solch ökonomistisches Denken entsteht. Einen Hinweis gibt uns das Ausmaß eines Phänomens, das wir »bindungslose Flexibilität« nennen. Damit bezeichnen wir Einstellungen, in denen die kohäsiven Elemente, also soziale Beziehungen, einer Gewinnkalkulation unterzogen werden. Wir nehmen an, daß dies nicht unbedingt freiwillig geschieht, sondern unter dem Druck der Marktgemeinschaft und dem zunehmenden Zwang zur individualistischen Existenzsicherung.

Betrachten wir die Ausmaße des marktinduzierten Flexibilitätszwangs, dann stellen wir fest, daß sich seit 2005 und vor allem in den Jahren 2006 und 2007 ein deutlicher Anstieg zeigt. 2007 gibt fast die Hälfte der Befragten an, daß es »Dinge [gibt], die wichtiger sind als die Beziehungen zu anderen« (46,9 Prozent), und über drei Viertel sind sogar bemüht, vernünftig abzuwagen, welchen Nutzen der Kontakt zu anderen bringen mag (77,9 Prozent). Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten (71,8 Prozent) hält es aus rationalen Gründen für sinnvoll, anderen Personen tatsächliche Absichten nicht mitzuteilen, sondern diese für sich zu behalten. Soziale Beziehungen und der Austausch mit anderen über die eigenen Absichten und Vorhaben werden damit mehrheitlich dem Nutzenkalkül untergeordnet.

Unsere These ist es, daß unter dem Druck *unübersichtlicher Perspektiven* regulative und kohäsive Verhaltensweisen aufgegeben werden. In den oberen Gruppen tritt an ihre Stelle die Sicherung des eigenen Status, in den unteren die der materiellen Existenz. An diese Zunahme des wahrgenommenen Flexibilitätszwanges ist im Survey 2007 erstmals die Frage nach der Verbrei-

tung ökonomistischer Einstellungen in der Bevölkerung gekopelt. Unter ökonomistischen Orientierungen verstehen wir die Übertragung wirtschaftlich-funktionaler Kriterien wie Effizienz, Verwertbarkeit, Funktionalität, Nützlichkeit etc. auf das soziale und zwischenmenschliche Geschehen sowie die Vernachlässigung oder gar Ablehnung moralischer Maßstäbe bei der Bewertung von Vorgängen und Personen. Um entsprechende Orientierungen in der Bevölkerung zu messen, haben wir im GMF-Survey 2007 Items aufgenommen, die auf die Bewertung von Personen auf der Basis ihrer Nützlichkeit und Funktionsfähigkeit im Sinne wirtschaftlicher Effizienzkalküle abzielen. Mit den Statements sollte erhoben werden, inwiefern menschliche Fehler als nicht mehr tolerierbar und Nachsicht und moralisches Verhalten als Luxus gelten, den sich die Gesellschaft nicht mehr leisten kann.

Die Befragungsdaten zeigen, daß über ein Drittel der Deutschen den Aussagen tendenziell zustimmen, die Gesellschaft könne sich wenig nützliche Menschen (33,3 Prozent) und menschliche Fehler nicht (mehr) leisten (34,8 Prozent). Etwa 40 Prozent der Befragten sind der Ansicht, in unserer Gesellschaft würde zuviel Rücksicht auf Versager genommen, zuviel Nachsicht mit solchen Personen gilt 43,9 Prozent als unangebracht, und etwa ein Viertel stimmt der Aussage zu, daß »moralisches Verhalten [...] ein Luxus [ist], den wir uns nicht mehr leisten können« (25,8 Prozent).

Bringt man nun z. B. die Abwertung von Langzeitarbeitslosen ins Spiel, so gilt es auch, eine Diskussion zu eröffnen über den Zusammenhang zwischen den von gesellschaftlichen Eliten über die Medien immer wieder reproduzierten Bildern von Hartz-IV-Empfängern sowie Langzeitarbeitslosen und den Einstellungen in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Dabei ergeben sich überraschende Muster, die auch jene Gruppen von Menschen betreffen, die im Sinne der kalten Kalkulationen als »Nutzlose« oder »Überflüssige« gelten (vgl. den Beitrag von Wilhelm Heitmeyer und Kirsten Endrikat in diesem Band).

Einen besonders dramatischen Aspekt haben wir dabei bisher ausgeblendet: Diese Menschen haben Kinder. Seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze wachsen trotz des Aufschwungs und sinkender Kinderzahlen im Jahr 2007 etwa 2,6 Millionen Kinder in Familien auf, die Hartz IV bekommen. So wird eine frühe gesellschaftliche Desintegration in Gang gesetzt und zementiert, eine Befreiung aus der Armutsspirale wird dadurch verhindert.

Gleichzeitig wird damit ein Reproduktionszirkel ausgelöst. Es sind nicht allein politische Entscheidungen, die diese Gruppen in materieller Hinsicht »produzieren«, die Abwertung durch andere Bevölkerungsgruppen dichten diese Kategorien zusätzlich »moralisch« ab.

So kann der angebliche »Aufschwung«, reduziert man ihn auf nackte Arbeitslosenziffern, mit dem moralischen Niedergang der Gesellschaft einhergehen. Ohne daß es bemerkt würde, denn Effizienz- und Nutzenkalküle sind angeblich wertfrei. Doch genau darin liegt das Problem: Von dieser Entwicklung sind schwache Gruppen betroffen, und sie beeinträchtigt auch den Zustand der Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Pressemitteilung des Deutschen Landkreistages, der kommunale Spitzenverband, am 31.7.2007.
- 2 Es ist nicht ausgeschlossen, daß zukünftig weitere Gruppen hinzukommen. Dies kann unter anderem aufgrund der EU-Erweiterung geschehen. Zu denken wäre z. B. an Sinti und Roma aus Osteuropa. In einer internationalen Forschergruppe, initiiert vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, wird eine Vergleichsuntersuchung in neun europäischen Ländern vorbereitet, die auch andere Gruppen umfaßt.
- 3 Beschreibung des GMF-Surveys 2007

- a) Der Fragebogen des Surveys

Das Instrument der Untersuchung wurde so konstruiert, daß alle 7 bis 10 Elemente des Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* repräsentiert sind.

Die Endversion des Fragebogens 2007 beinhaltet meist zwei bis drei, an einigen Stellen bis zu zehn Items je Konstrukt bzw. Subdimension (analog zu Erhebungen in 2002 bis 2006).

Als Antwortskalierung wurden drei- bis vierstufige Kategorien eingesetzt (Likert-Skalen), die aufgrund ihrer überprüften Verbalisierungen im sozialwissenschaftlichen Kontext als intervallskaliert gelten und somit den Anwendungsvoraussetzungen für multivariate Berechnungen genügen.

- b) Die Durchführung

Die Datenerhebung erfolgte mittels Telefonbefragung (CATI-Methode) durch 116 geschulte Interviewerinnen und Interviewer des

Sozialforschungsinstituts tns-Infratest München. Durchschnittlich realisierte jeder Interviewer etwa 17 Interviews.

Die Befragung basiert auf dem Infratest-Telefon-Master-Sample (ITMS), welches verzerrungsfreie Stichproben ohne Klumpeneffekte gewährleistet. Das ITMS ist so differenziert geschichtet, daß jede Gemeinde über 5 000 Einwohner in der Stichprobe vertreten ist und eine eigene Schicht bildet, in der durch eine systematische Zufallsauswahl Telefonhaushalte proportional zur Zahl aller Privathaushalte in der Gemeinde ausgewählt werden. Das Auswahlverfahren führte zu einer haushaltsrepräsentativen Stichprobe, wobei jeder Haushalt die gleiche Chance hatte, in die Auswahl zu kommen. In jedem der ausgewählten Haushalte wurde durch ein Zufallsverfahren (Schweden Schlüssel) eine Person als Zielperson ausgewählt.

Die Erhebung fand vom 05. Juni 2007 bis zum 02. Juli 2007 meist zwischen 17.00 und 21.00 Uhr statt; die durchschnittliche Interviewdauer betrug 33,64 Minuten. Die Abbruchquote der Befragungen lag bei 7,5 % und ist damit etwas niedriger ausgeprägt als im letzten Erhebungsjahr.

c) Die Stichprobe

Die Haupterhebung umfaßt insgesamt 2 000 Personen im Alter von 16 bis 95 Jahren, davon waren 56,2 % (n = 1123) Frauen und 43,9 % (n = 877) Männer. Der Anteil der Personen aus dem Osten Deutschlands liegt bei 30,1 % (n = 602). In Westdeutschland wurden 1 398 Personen (69,9 %) interviewt. Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen gibt die deutsche Staatsangehörigkeit an, lediglich 66 AusländerInnen sind in der Stichprobe enthalten.

Die Stichprobe zeigt aufgrund der Erhebungsmethode (Telefoninterviews) haushaltsproportionale, nicht personenproportionale Verteilungen. Die rechnerische Transformation in eine Personenstichprobe erfolgt erst im Gewichtungsverfahren, welches die Repräsentativität der Stichprobe herstellt.

Durch Gewichtungsfaktoren werden auch Disproportionalitäten zwischen der Stichprobe und der Grundgesamtheit hinsichtlich verschiedener Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung ausgeglichen. Die Analysen in der Einleitung werden daher gewichtet durchgeführt. Aufgrund der unterschiedlichen Gewichtungsfaktoren können bei einigen Berechnungen die Stichprobengrößen (n-Zahlen) variieren. In der Auswertung dieses Bandes werden die befragten Personen mit Migrationshintergrund nicht berücksichtigt. Das gesamte ausgewertete Sample reduziert sich daher von insgesamt 2 000 auf 1 757 Fälle (ungewichtet).

4 Das Syndrom konnte in den Jahren 2002 bis 2005 jeweils mithilfe von Strukturgleichungsmodellen (AMOS 4.0) unter Anwendung von simultanen konfirmatorischen Faktorenanalysen (SCFA) empirisch be-

stätigt werden. Die entsprechende Prüfung für 2007 ergab, daß auch die Langzeitarbeitslosen, deren Abwertung in 2007 erstmals erhoben wurde, ein Teil des Syndroms sind.

Literatur

- Burkatzki, E., *Verdrängt der Homo oeconomicus den Homo communis? Normbezogene Orientierungsmuster bei Akteuren mit unterschiedlicher Markteinbindung*, Wiesbaden 2007.
- Dundler, A./Müller, D., *Erwerbsverläufe im Wandel. Ein Leben ohne Arbeitslosigkeit nur noch Fiktion?*, IAB-Kurzbericht, Ausgabe 27 vom 22. Dezember 2006.
- Heitmeyer, W., »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse«, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*, Frankfurt am Main 2002, S. 15–34.
- Heitmeyer, W., »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005«, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 4*, Frankfurt am Main 2005, S. 15–36.
- Hirschman, A. O., *Rival Views of Market Society and Other Recent Essays*, Cambridge (Massachusetts) 1986.
- Statistisches Bundesamt, »Arbeitsmarkt. Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA)«, online verfügbar unter: <http://www.destatis.de> (Stand September 2007).
- Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W., *The Syndrome of Group-Focused Enmity. Theory and Empirical Test*, in Vorbereitung.

WILHELM HEITMEYER

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit

Der Kern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

I.

Zu den großen Ideen der Aufklärung gehört das Ideal der Gleichheit. Auch Artikel 3 des Grundgesetzes dokumentiert dies. Gleiche staatsbürgerliche Rechte und der gleiche Anspruch auf ein Leben ohne Gefahr für die psychische und physische Unversehrtheit. Die Würde eines jeden Individuums wird damit betont und als Ideal vorgegeben. Gleichheit wird so zur Grundbedingung der Freiheit.

Zugleich gibt es seit jeher soziale Ungleichheit in den Lebensbedingungen, die immer wieder zum Gegenstand von sozialen und politischen Kämpfen geworden ist. Wir wissen, daß Ideen nicht freischweben, sondern gesellschaftlichen Diskursen und damit auch den Machtinteressen von Gruppen, Eliten oder Mehrheiten in der Bevölkerung ausgeliefert sind. Sighard Neckel und Ferdinand Sutterlüty (2006) führen dazu mit Bezug auf Peter A. Berger (1982) zwei »Ungleichheitssemantiken« ein, mit deren Hilfe soziale Klassifikationen erzeugt werden. Graduelle Klassifikationen beurteilen Menschen und Gruppen nach quantitativen Differenzen, sie haben eine Affinität zu erworbenen Merkmalen wie Einkommen, Bildung und beruflichem Status, die in ihrer sozialen Wertigkeit verhandelbar sind. Demgegenüber werden im Rahmen kategorialer Klassifikationen qualitative Urteile über grundsätzliche Andersartigkeit gefällt. Diese Klassifikationen basieren häufig auf unveränderlichen Merkmalen wie Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit. Wir haben es in solchen Fällen mit einem Nebeneinander sich wechselseitig ausschließender Merkmale zu tun. Kategoriale Klassifikationen bieten sich in besonderer Weise dafür an, soziale Ungleichheit in Ungleichwertigkeiten zu transformieren.

Vor der Virulenz solcher Transformationen sollten wir eigentlich seit dem Erscheinen der *Dialektik der Aufklärung* gewarnt sein, Adorno wies später darauf hin, daß »die Zivilisation ihrer-

seits das Antizivilisatorische hervorbringt und es zunehmend verstärkt« (1970, 92).

Mit anderen Worten: Fortschritt und Unmenschlichkeit können eine sehr enge Verbindung eingehen. Die Idee der Gleichheit kann daher auch zur Ideologie verkommen oder durch Ideologien »bekämpft« werden. Ein wichtiges Instrument stellt dabei die Einführung unterschiedlicher »Wertigkeiten« von Menschen dar. Es werden also nicht nur Rechte in Verfassungen festgeschrieben und soziale Lagen, also spezielle Rollen und Positionen, registriert, sondern die Substanz von Menschen wird in all ihren Facetten einer kategorialen Bewertung unterzogen. In diesem Fall haben wir es dann mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zu tun.

Doch wie kommt es zur Entstehung solcher Ideologien und welche Funktionen haben sie?

Eine Ideologie ist ein System von Begriffen und damit verbundenen Überzeugungen, die der Durchsetzung von Machtinteressen bzw. der Konservierung von Hierarchien und sozialer Überlegenheit dienen. Um dieser Funktion zu genügen, wird die soziale Realität verzerrt wiedergegeben, werden soziale Konstruktionen naturalisiert bzw. biologisiert etc. »Das Allgemeine der Ideologie [...] ist begründet in deren gesellschaftlicher Funktion« (Hofmann 1972, 94): Absichern, Legitimieren, Aufwerten, Abwerten.

»Ideologien sind Ausdruck der Interessen des überlegenen Teils der Gesellschaft«, schreibt Werner Hofmann (vgl. a. a. O., 95). Dies gilt in Macht- oder Mehrheitskonstellationen, es ist allerdings keineswegs ausgeschlossen, daß spezifische Ideologien auch in unterlegenen Gruppen oder bei Minderheiten grassieren. Deshalb ist auch zwischen verschiedenen Ideologien und ihren Funktionen zu differenzieren (vgl. Lenk 1982):

Die Rechtfertigungsideologie versucht den Status quo zu legitimieren. Sie hat apologetische Züge, die zum Teil mit anthropologischen Festschreibungen versehen werden, etwa wenn der Kapitalismus in der Gegenwart als die beste Form menschlichen Lebens dargestellt wird.

Die Verschleierungsideologie hat eine Ablenkungsfunktion: Es geht um die Verschiebung von Problemen, um Ursachen, die den eigenen Machtinteressen zuwiderlaufen, auszublenden und an ihrer Stelle andere Ursachen in den Vordergrund zu stellen, die in der Regel auf essentielle Eigenschaften von Personen und Gruppen fokussieren. Zu diesem Zweck werden Vorurteile aktiviert.

Der Ausdrucksideologie gelten Mythen und Vorstellungen als Aprioris, aus denen dann politische Forderungen abgeleitet werden. Entscheidend ist, daß nicht mehr aufwendig gerechtfertigt, sondern schlicht geglaubt wird. Das Weltbild ist dichotomisch, zwischen Freund und Feind, Ingroup und Outgroup wird streng unterschieden, und man postuliert eine Gemeinschaft, die ihre Identität durch Ausgrenzungen und Diskriminierungen gewinnt. Sie dient der Integration der Ingroup und der Desintegration der Outgroup. »Gesellschaftliche Erfahrungen, insbesondere politisch und sozial erzeugte Ohnmachtsgefühle führen zur Flucht in ein Übersubjekt, werden nun durch die Zugehörigkeit zu diesem Übersubjekt aufgehoben, d. h. negiert« (Lenk 1982, 154). Das charakteristische Kennzeichen ist der emotionale Appell an das Volk, weshalb diese Form der Ideologie durch Varianten des massenwirksamen Populismus ergänzt wird. Historisch gesehen war der Nationalsozialismus die extremste Form dieser Variante, deren Kern die Ideologie der Ungleichwertigkeit und des unwerten Lebens ausmachte.

Die zu diskutierende Frage ist nun, in welchen sozialen Prozessen diese Ideologien auftreten und wie Umwandlungsprozesse zwischen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit gedacht werden können.

II.

Auch heute grässt – quasi hinter dem Rücken der angeblichen Aufklärung – eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Sie ist keineswegs historisch überholt, sondern tritt in »moderaten« Formen auf, ist aber stets latent vorhanden und kann im Rahmen eskalativer Aktionsformen instrumentalisiert werden. Diese Ideologie kommt in Gestalt der Abwertung schwacher Gruppen zum Ausdruck, die wiederum eine Legitimationsfunktion für Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt erfüllt oder zumindest erfüllen kann.

Während in den vorgestellten Ideologien jeweils gleichsam »festgeschraubte« Entitäten, ja sogar Essentialisierungen betont werden, ist in wissenschaftlichen Analysen vor allem der Konstruktcharakter solcher Phänomene hervorzuheben. Nur so kann man ihre Funktion für Struktursicherungen bzw. Machtzuwachs

offenlegen. Mit anderen Worten: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die darin einbezogenen Opfergruppen variieren in Abhängigkeit von den Thematisierungsinteressen deutungsmächtiger Gruppen.

III.

Es gibt einen prinzipiellen Unterschied zwischen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit. Ungleichheit ist materiell fundiert und sozial erzeugt durch gesellschaftliche Strukturentwicklungen, die Klassen oder Schichten hervorbringen, Chancen des Aufstiegs oder das Risiko des Abstiegs bereithalten, die durch Öffnung oder Schließung und durch Mechanismen der Integration oder Desintegration zu unterschiedlichen sozialen Positionen und Möglichkeiten des luxuriösen oder des verarmten Lebens führen. Bildung, Netzwerke und andere Faktoren spielen in diesem Prozeß eine wichtige Rolle.

Ungleichheit ist also gesellschaftlich bedingt und wird durch sozioökonomische Traditionen und Entwicklungen verstärkt oder abgeschwächt. Solange diese Entwicklungen in der Bevölkerung unter dem Einfluß stabil verankerter Gerechtigkeitskriterien gestützt und akzeptiert werden, bleiben sie ungefährlich im Hinblick auf Konflikte oder Gewalt.

Gleichwohl stellen dauerhafte Formen sozialer Ungleichheit ein riskantes Spiel dar. An dieser Stelle werden Rechtfertigungs-ideologien relevant. Ungleichheit gilt manchen Autoren als natürlich, andere, z. B. Vertreter der Wirtschaft, halten sie für einen entscheidenden Faktor der Dynamisierung des gesellschaftlichen Fortschritts. Die ideologische Funktion solcher Argumente, mit denen Hierarchien, Überlegenheit und Machtpositionen gesichert werden sollen, werden ausgeblendet oder gesondert in öffentlichen Debatten betrachtet. Dabei bleibt außer Betracht, welches Maß der sozialen Spaltung – also der Desintegration und der Verweigerung von Anerkennung – eine Gesellschaft aushalten kann. Die soziale Ungleichheit wird heute in einer Form als »Normalität« akzeptiert, daß Kritik immer mehr zu verstummen droht. Stattdessen gewinnt in solchen Debatten ein ökonomistisches Denken immer mehr an Bedeutung (vgl. dazu den Beitrag von Wilhelm Heitmeyer und Kirsten Endrikat in diesem Band). Im